

**Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Sanierung der Albert-Schweitzer-Turnhalle in Alzey - Los 01 Architektenleistungen
OJ S 136/2025 18/07/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Alzey

E-Mail: vergabestelle@alzey.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung der Albert-Schweitzer-Turnhalle in Alzey - Los 01 Architektenleistungen
Beschreibung: Die Stadt Alzey plant den Umbau und die Sanierung der Turnhalle der Albert-Schweitzer-Grundschule. Die Maßnahme erfolgt aufgrund der insgesamt mangelhaften Bausubstanz sowie der aktuellen Anforderungen an den Brandschutz. Infolge brandschutztechnischer Vorgaben dürfen die Umkleide- und Sanitärbereiche im Kellergeschoss nicht mehr genutzt werden und müssen daher ins Erdgeschoss verlegt werden. Zudem weisen Fenster, Dach und Hallenboden erhebliche bauliche Mängel auf. Durch eindringendes Wasser über die Außenwände war es bereits erforderlich, den erdberührenden Bereich der Gebäudesüdseite zum Nachbargrundstück hin vollständig trockenzulegen und zu dämmen. Ziel der Sanierung ist es, die Turnhalle wieder uneingeschränkt für den Schulbetrieb nutzbar zu machen und gleichzeitig eine Nutzung durch örtliche Vereine für Trainingszwecke außerhalb der Schulzeiten zu ermöglichen. Darüber hinaus wird im Rahmen der Baumaßnahmen die Einrichtung einer Wärmeinsel für den Katastrophenfall in die Planung integriert. Das bedeutet, dass im Falle eines Blackouts die Wärmeversorgung autark durch eine Wärmepumpe in Kombination mit einem Notstromaggregat sichergestellt wird. Daher muss auch die Lagerung von Diesel in der Planung mitberücksichtigt werden. Die Turnhalle der Albert-Schweitzer-Schule befindet sich in der Donnersbergstraße. Im südlichen Bereich stehen Wohngebäude, während im Norden das Schulgelände angrenzt. Die Liegenschaft ist sowohl über die Ernst-Ludwig-Straße als auch über die Kaiserstraße erreichbar. Die genaue Position des Gebäudes ist im beigefügten Lageplan markiert. Gebäudezustand Der Gebäudekomplex der Turnhalle wurde ursprünglich als eingeschossiger, teilweise unterkellertes Bau mit Flachdach errichtet. Die Decke besteht aus Paneelen aus Leichtbeton und war mit mehreren Schichten Dachabdichtungsbahnen versehen. Im Verlauf der Nutzung wurde das Dach um ein Walmdach mit Ziegeleindeckung erweitert und mit offenliegender Mineralwolldämmung versehen. Das Gebäude hat eine Grundfläche von etwa 25 x 45 m und wurde in Massivbauweise errichtet. Die Außenwände bestehen aus Stahlbeton, in die große Fenster mit Glaspaneelen integriert wurden. Die Fassade wurde mit Klinkermauerwerk verkleidet. Die Innenwände sind entweder verputzt oder ebenfalls mit Klinkern versehen. Im nord- und südöstlichen Bereich des Gebäudes befinden sich niedrigere Anbauten, die die Tribüne, die Vereinsverwaltung und einen Geräteunterstand beinhalten, alle mit Flachdächern ausgestattet. Im Keller unter der Tribüne sind die Toiletten,

Umkleideräume und Duschen untergebracht. Die Anbindung der Fernwärme an das Schulgebäude befindet sich im Kellerbereich unter der Vereinsverwaltung. Derzeit sind die Duschen und Umkleideräume im Kellerbereich gesperrt und außer Betrieb. In den Nebenräumen ist der Boden aus Betonestrich gefertigt, auf dem PVC-Bahnen aufgeklebt sind oder mit Fliesenbelag ausgeführt wurde. In der Turnhalle ist der Boden, einschließlich des Bereichs unter der Tribünenanlage, als klassischer, aufgeständerter Sportboden aus Holz ausgeführt. Der Oberbelag besteht aus verschiedenen Sorten PVC-Belag. Unterhalb des Schwingbodens ist lediglich eine Sauberkeitsschicht von ca. 10 cm vorhanden. Bei der Sanierung muss die komplette Bodenkonstruktion entfernt, neu ausgekoffert und inklusive Abdichtung, Dämmung und einer neuen Bodenplatte aufgebaut werden. Im Rahmen der geplanten Sanierung wurden die Leistungsphasen 1 bis 3 der HOAI bereits erstellt und erfolgreich abgeschlossen. Nach durchgeführten Begehungen und Bewertungen durch Architekten und Fachplaner sind nun die folgenden Sanierungsmaßnahmen vorgesehen:

Sanierungsmaßnahmen: HAUPTHALLE Außenbereich Herstellung von barrierefreien Zugängen und Fluchttüren, Schlagregenschutz mit Wärmedämmung, Anpassung /Überarbeitung der Dachkonstruktion am geneigten Hauptdach, Erneuerung aller Fenster und Türen mit Lüftungsflügeln und Blendschutzverglasung (nach Förderrichtlinien GEG) Innenbereich Rückbau von Sportgeräten /Decken/Böden/Installationen, Erneuerung Sportboden mit Wärmedämmung, Gerätehüllen (nach Förderrichtlinien GEG), Herstellung eines Prallschutzes, Herstellung von akustisch wirksamen Wand- und Deckenflächen, Erneuerung der Geräteraumtore/Zugangstüren/Fluchttüren, Erneuerung der Heizung/Lüftung, Einbau von LED-Beleuchtung, Erneuerung von elektrischen Sicherungssystemen DACH Dachsanierung gemäß GEG (nach Förderrichtlinien GEG), Rückbau und Erneuerung der falsch eingebrachten Dachdämmung (KMF/EBS), Verstärkung/Ertüchtigung der Bimsdielen-Tragschale nach statischen Vorgaben, Neue PV-Anlage bauseits geplant – Neuer Anschluss Elektroverteilung NEBENGEBÄUDE Außenbereich Erneuerung der Flachdachflächen (Steinwolle/Gründach), Ertüchtigung der Fassaden durch WDVS (nach Förderrichtlinien GEG), Erneuerung der Blitzschutzanlage, Einbau Alutüren/Fenster mit Brandschutzanforderungen /Barrierefreiheit Innenbereich Abbruch der Betonstufenkonstruktion zur Umlagerung der Umkleiden aus dem Keller, Herstellung von neuen Umkleiden, Duschen, WC-Anlagen, Waschräume (getrennt Schüler und Lehrer), Herstellung Foyer mit Zugang zu den Besuchertoiletten und Behinderten-WC, Herstellung eines zusätzlichen Sport-Geräteraumes, Umnutzung der ehemaligen Dusch/Umkleidebereich zu Archivräumen AUSBAUSTANDARDS Keramische Bodenfliesen in allen Flur/Zugangsbereichen/ Umkleiden/ Nassräumen, Wandfliesen in Sanitärräumen/Umkleiden, Stahlzargen mit Kunststoff beschichteten Türblättern, Abgehängte Decken, akustisch wirksam, Be- und Entlüftung aller Räume über Lüftungsanlagen, Fußbodenheizung in allen Bereichen der Nebengebäude im EG, LED-Beleuchtung/Hausalarm sowie sonstige Sonderzeichen und Informationssysteme Die Leistungsphase 1-3 wurde bereits vollständig bearbeitet und abgeschlossen. Der komplette Entwurf liegt zum Einstieg/Übernahme der weiteren Bearbeitung vor.

Kennung des Verfahrens: 336c3bf6-327e-4684-a715-218989832b97

Interne Kennung: 2025/09_01-05

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: In der ersten Phase des Verfahrens

(Teilnahmewettbewerb) wird die Eignung der Bewerber geprüft. In der zweiten Stufe des Verfahrens werden 3 Bewerber aufgefordert, ein Angebot zu unterbreiten. Die Angebote

werden anschließend in einer oder mehreren Verhandlungsrunden verhandelt. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf Basis der Erstangebote zu vergeben, ohne in die Verhandlungen einzutreten.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Alzey

Postleitzahl: 55232

Land, Gliederung (NUTS): Alzey-Worms (DEB3B)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabepattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabepattform kommuniziert. Registrierte Bewerber/Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bewerbers/Bieters. 2.) Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen/Eignungsanforderungen stehen Formularvordrucke zur Verfügung, die die Bewerber verwenden sollen. Maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung. Die Verwendung von bereitgestellten Vordrucken wird für die Erstellung des Teilnahmeantrages und des Angebotes empfohlen. 3.) Anfragen von Bewerbern /Bietern werden nur in Textform über die Vergabepattform oder per E-Mail von der genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabepattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Teilnahmeanträge/Angebote gestellt werden. 4.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen über die Vergabepattform. Das Postfach der Bieter auf der Vergabepattform erfüllt dabei für den Bieter die Funktion eines persönlichen elektronischen Briefkastens und ist maßgeblich und verbindlich für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen, Einladungen zum Verhandlungsgespräch und sonstigem Schriftverkehr. 5.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt über die Vergabepattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des Bieters bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle über die Vergabepattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. 6.) Die Teilnahmeanträge und die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen bis zum Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist elektronisch in Textform verschlüsselt über das Bietertool der Vergabepattform einzureichen. 7.) Ausländische Bewerber/Bieter haben geforderte Nachweise /Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen. 8.) Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen/Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen. 9.) Der Auftraggeber

wendet das Landestariftreugesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an. 10.) Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB Der Bieter hat eine Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB und § 124 GWB mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Los 01 - Objektplanung Gebäude nach § 34 HOAI

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung ist die Erbringung von Planungsleistungen für Gebäude (§34 HOAI, Leistungsphasen (3) 4-9). Neben den Grundleistungen nach HOAI ist die Vergabe besonderer Leistungen ebenfalls Gegenstand dieses Vergabeverfahrens. Der Auftraggeber hat eine stufenweise Vergabe dieser Leistungen vorgesehen: In der Leistungsstufe 1 soll die Leistungsphase (evtl. 3) 4 sowie die in dieser Phase erforderlichen besonderen Leistungen beauftragt werden. In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Arbeitgeber die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 sowie der in diesen Phasen erforderlichen besonderen Leistungen. Die auf Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

Interne Kennung: LOT-0001 2025/09_01-05

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000

Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Der Auftrag umfasst eine Option. Gegenstand der Ausschreibung ist die Erbringung von Planungsleistungen für Gebäude (§34 HOAI, Leistungsphasen (3) 4-9). Neben den Grundleistungen nach HOAI ist die Vergabe besonderer Leistungen ebenfalls Gegenstand dieses Vergabeverfahrens. Der Auftraggeber hat eine stufenweise Vergabe dieser Leistungen vorgesehen: In der Leistungsstufe 1 soll die Leistungsphase (evtl. 3) 4 sowie die in dieser Phase erforderlichen besonderen Leistungen beauftragt werden. In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt der Arbeitgeber die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 sowie der in diesen Phasen erforderlichen besonderen Leistungen. Die auf Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Alzey

Postleitzahl: 55232

Land, Gliederung (NUTS): Alzey-Worms (DEB3B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der

Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister Beschreibung: Angaben, die mit dem

Teilnahmeantrag vorzulegen sind: 1.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der

Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das

Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe

nach § 123 GWB begründet sind. 2.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der

Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das

Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe

nach § 124 GWB und nach §§ 19, 21 MiLoG begründet sind. 3.) Eigenerklärung des

Bewerbers/Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und

Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist. 4.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters,

dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73

Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber/Bieter einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit

seinem Angebot zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist. 5.)

Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in

der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu

Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. 6.) Nachweis des Bieters über die Eintragung in

ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates

entsprechender Nachweis (wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der

Länder) --- Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bewerber zum Beleg seiner

Eigenerklärungen entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen wie Bescheinigung des

Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkassen/der

Berufsgenossenschaft. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und

Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw.

einzuholen. Werden die Leistungen von einer Bewerbergemeinschaft angeboten, sind die

Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber

/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom

Dritten abzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens

eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind: 1.) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers /Bieters und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV). 2.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV). Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen (z.B. Bilanzen, EÜ-Rechnungen, BWAs), zu verlangen bzw. einzuholen. Werden die Leistungen von einer Bewerbungsgemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben. Der Bewerber/Bieter hat eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3.000.000 EUR und für Sach- und Vermögensschäden mindestens 500.000,00 EUR beträgt (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV). Es ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen, dass die vorgenannten Versicherungssummen im Auftragsfall zur Verfügung stehen. Die geforderten Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit I. Allgemeine Anforderungen Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind: 1.) Angabe der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 6 VgV); 2.) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV); 3.) Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber/Bieter unter Umständen an Dritte vergeben will. 4.) Der Bewerber muss den Nachweis der Bauvorlageberechtigung nach § 64 LBauO Rheinland-Pfalz führen. 5.) Benennung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators (Qualifizierungsnachweis gemäß RAB 30). Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen. Werden die Leistungen von einer Bewerbungsgemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben. II. Mindestanforderung an die Bürogröße Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Planers und des Bauüberwachers über die Qualifikation eines abgeschlossenen Hochschulstudiums des Bauingenieurwesens bzw. der Architektur und eine einschlägige Berufserfahrung nach Abschluss des Studiums von mindestens 10 Jahren verfügen sowie über einen/zwei Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen. Für die Stellvertretung in der Bauüberwachung wird die Qualifikation zum staatlich geprüften Bautechniker mit einer mindestens 10-jährigen Berufserfahrung als gleichwertig erachtet. Der Bewerber oder der örtliche Partner muss nach § 64 LBauO Rheinland-Pfalz bauvorlageberechtigt sein. Die jeweils geforderten Qualifikationen müssen zum Einreichungstermin für die Teilnahmeanträge vorliegen und sind mit dem Teilnahmeantrag durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Architekten benennen. Die geforderte Eignung muss zum

Einreichungstermin für die Teilnahmeanträge vorliegen und ist mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen (Diplomurkunden, Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen, Referenzen oder sonstigen vergleichbaren Belegen).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung: III. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Sanierung oder der Erweiterung von Turn- und Sporthallen bzw. Mehrzweckhallen mit vergleichbarer Komplexität durch geeignete Referenzen nachzuweisen. Geeignet sind solche Referenzen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden. Es sind mindestens drei Referenzobjekte für die Objektplanung Gebäude anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen: Alle Referenzen müssen die Sanierung oder die Erweiterung von Turn- und Sporthallen bzw. Mehrzweckhallen mit vergleichbaren Anforderungen zum Inhalt haben: - davon muss mindestens eine Referenz Summe der Kostengruppen KG 300 + KG 400 von mindestens 2.000.000,00 € (netto) ausweisen, - davon müssen mindestens 2 Referenzen vorliegen, bei deren Realisierung die Bauleistung nach den Regelungen der VOB bzw. VOB/EU vergeben und realisiert wurden, - davon muss mindestens eine Referenz die Beantragung von Zuwendungsmitteln beim Fördermittelgeber und die Unterstützung in Zuwendungsmaßnahmen beinhalten Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 2-6 und 8 erbracht worden sein, wobei der Abschluss der Leistungsphase 8 (alternativ die Inbetriebnahme) nach dem 01.01.2016 erfolgt sein muss. Zudem muss mindestens eine Referenz vorgelegt werden, die die Sanierung und den Umbau eines Bestandsgebäudes beinhaltet, dabei muss es sich nicht notwendigerweise um eine Sportstätte handeln, außerdem muss diese Referenz nicht zwingend nach dem 01.01.2016 abgeschlossen worden sein (ggf. als zusätzliche Referenz). Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich der Ergebnisse zum Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungsphasen 3, 7 und der Projektergebnisse nach Abschluss der Leistungsphase 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen. Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten (Telefonnummer) des Referenzgebers mitzuteilen. Für die Referenzangaben kann ein den Vergabeunterlagen beigefügter Vordruck genutzt werden, zudem sind diese Angaben durch eine detailliertere Referenzbeschreibung zu ergänzen. Die vorgenannten Angaben sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Sonstiges: Kriterium für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern für die zweite Verfahrensstufe Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von vergleichbaren Planungs- und Bauüberwachungsleistungen, anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß dieser Bekanntmachung erfüllen. Durch die Einreichung von zusätzlichen Referenzen (über die Mindestanzahl von 3 hinaus) kann eine bessere Bewertung erzielt werden; ebenso bei größerer Entsprechung der vorgelegten Referenzen mit der vorliegenden Planungsaufgabe (Kosten, Größe, Schwierigkeitsgrad/Komplexität, etc.). Bei der Bewertung der Teilnahmeanträge werden ausschließlich Referenzen herangezogen, die die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß dieser Bekanntmachung erfüllen. Dies gilt auch für die Berücksichtigung von zusätzlichen Referenzen. Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der bekanntgemachten Mindestzahl von 3 Bewerbern liegt, kann der

Auftraggeber das Vergabeverfahren nach § 51 Abs. 3 S. 2 VgV fortführen, indem er den oder die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen. Alternativ kann der Auftraggeber das Vergabeverfahren wegen Unterschreitung der Mindestzahl von drei geeigneten Bewerbern, aber auch gemäß § 63 VgV aufheben und gegebenenfalls ein neues Vergabeverfahren durchführen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Details zur Bewertung können den Vergabeunterlagen der zweiten Verfahrensstufe entnommen werden. (30 %)

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Die Qualität der Bearbeitungsorganisation wird anhand mehrerer Unterkriterien beurteilt. Projektorganisation (15%), Intensität und Organisation der örtlichen Bauüberwachung (30%), Kosten-, Qualitäts-, Termin- und Nachtragsmanagement (25%)

Weitere Details zu den Zuschlagskriterien und der Bewertung können den Vergabeunterlagen der zweiten Verfahrensstufe entnommen werden. Diese Vergabeunterlagen werden im Entwurf bereits in der ersten Verfahrensstufe zur Verfügung gestellt.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E24199228>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E24199228>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/08/2025 10:00:00 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden. Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt nach den Regelungen des § 56 VgV. Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an. Die Ausführung des Auftrages ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Architekten benennen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Von Bieterern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der benannten Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren einen Nachprüfungsantrag zu stellen.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Alzey

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Alzey

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Alzey

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Alzey

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00001248

Postanschrift: Ernst-Ludwig-Str. 42

Stadt: Alzey

Postleitzahl: 55232

Land, Gliederung (NUTS): Alzey-Worms (DEB3B)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@alzey.de

Telefon: +49 67 314 95-212

Internetadresse: <http://www.alzey.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Registrierungsnummer: DE355604198
Postanschrift: Stiftstraße 9
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234
Fax: +49 6131162113
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: aaa144bb-2b1e-42b4-9788-97952073fc39 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/07/2025 14:17:46 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 470120-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 136/2025
Datum der Veröffentlichung: 18/07/2025